

EU: neue Führung, alte Probleme

Zur Lage der EU bei Amtsantritt der neuen EU-Kommission

1. Im Wahlkampf für das EU-Parlament im vergangenen Mai gelang es den etablierten Parteien und den staatstragenden Medien mit einer massiven Mobilisierung den Eindruck zu erwecken, als ob nach einem Jahrzehnt Mehrfachkrisen eine Trendwende bevorstünde. Die Wahlbeteiligung stieg, und die FAZ konnte zufrieden feststellen: „*Die aufrüttelnde Zuspitzung und historische Dramatisierung im Wahlkampf – Stichwort Schicksalswahl – mag manchen übertrieben vorgekommen sein. Doch es hat die beabsichtigte Wirkung gehabt.*“¹
2. Doch die Ernüchterung kam rasch. Das *Spitzenkandidatenmodell*, zuvor dafür gerühmt, dass die EU demokratisierbar sei, wurde mit einem Federstrich aufgehoben und die Kommissionspräsidentschaft von Macron und Merkel auf alte Weise entschieden. Es bestätigte sich, was Macron 2017 selbst festgestellt hatte: „*Jene die in Europa an der Spitze standen, ... haben die Methode angewandt, die Jahrzehnte lang gut funktioniert hatte, nämlich Europa unter sich auszumachen.*“²
3. Da Konservative und Sozialdemokraten keine parlamentarische Mehrheit mehr haben, werden Entscheidungsprozesse langwieriger und schwieriger. Damit wird das Parlament – in der Machtarchitektur der EU-Institutionen ohnehin schon auf dem untersten Rang – an politischer Bedeutung verlieren, wie die Entscheidung um den Kommissionsvorsitz zeigt.
4. Inzwischen verstehen immer mehr Menschen, dass EU-Wahlen nicht einmal demokratische Mindeststandards erfüllen:
 - sie waren zwar frei und geheim, aber nicht gleich. Wer z.B. hier die Plattform der linken EU-Kritiker von *La France Insoumise*, *PODEMOS* oder der nordischen Linksparteien wählen wollte, konnte das nicht, weil die Wahlen nach nationalen Spielregeln durchgeführt werden;
 - das gleiche gilt für die Sperrklauseln. Während bei uns schon ein halbes Prozent für einen Sitz genügte, galt anderswo die Fünfprozenthürde;
 - das Prinzip „*Ein Mensch eine Stimme*“ gilt nicht. In den bevölkerungsreichen Ländern braucht es für einen Sitz im EP 10 Mal mehr Stimmen als in Malta.
5. Diese Demokratiedefizite kommen auf die strukturellen Demokratieprobleme oben drauf, nämlich:
 - es fehlen die wichtigsten Funktionen eines Parlaments: Gesetzesinitiative und Budgethoheit,
 - es gibt in der EU keine Gewaltenteilung,
 - die wichtigen Entscheidungen folgen den „*verborgenen Mechanismen der Macht*“ (Bourdieu), d.h. einer informellen Hierarchie mit Frankreich und Deutschland an der Spitze.

Aber selbst wenn diese Probleme gelöst würden, bliebe immer noch *der neoliberale Konstitutionalismus*, d.h. die quasi-verfassungsmäßige Festschreibung des Neoliberalismus in den Verträgen und seine Umsetzung im Binnenmarkt mit dessen Privilegierung der Kapitalinteressen. Die strukturelle und rechtliche Privilegierung der Kapitalinteressen zeigt sich exemplarisch in den Freihandelsverträgen. Demokratische Gestaltungsmöglichkeiten von Staaten und Kommunen werden zugunsten der Profitinteressen von Investoren systematisch eingeschränkt. Eine grundlegende Alternative zur praktizierten Wirtschafts- und Sozialpolitik wäre nur durch einstimmige Änderung der Verträge durchzusetzen. Eine Illusion – zumindest solange man sich an die Verträge hält.
6. Mit Ursula von der Leyen wurde eine Politikerin zur Kommissionschefin gekürt, deren oberste Priorität ist, die Militarisierung voranzutreiben und die EU in der entstehenden multipolaren Weltordnung und angesichts der Konflikte mit den USA als Weltmacht zu etablieren. Sie bezeichnet ihre neue Kommission daher als „*geopolitische Kommission*.“ Um die Sehnsucht nach Größe und Macht zu stillen, wurde sogar extra ein neues Ressort geschaffen. Allerdings treffen die Versuche, „*strategische Souveränität*“ (Macron) zu erlangen, auf massiven Widerstand. Nicht nur die USA, auch Polen

¹ FAZ, 27.5.2019. S. 1

² <http://www.elysee.fr/declarations/article/discours-du-president-de-la-republique-emmanuel-macron-a-la-pnyx-athenes-le-jeudi-7-septembre-2017>

und die baltischen Länder setzen lieber auf die „*hirntote*“ NATO (Macron) als auf eigene militärische Fähigkeiten der EU.

7. Sollten die Prognosen zum Wahlausgang in Großbritannien zutreffen, wird das Land am 31. Januar 2020 die EU verlassen. Der Brexit bedeutet nicht einfach nur, dass ein Mitgliedsland von 28 austritt. Die britische Wirtschaft ist die zweitgrößte der EU und weltweit die fünftgrößte. Vom ökonomischen Gewicht her bedeutet das so viel, als ob die im BIP-Ranking hinteren 18 Volkswirtschaften austreten würden. Zudem ist das Land Atommacht, was leider einen besonderen Status im internationalen System verleiht, sowie ständiges Mitglied im UN-Sicherheitsrat. Die größte Herausforderung für Brüssel könnte aber noch kommen. Dann nämlich, wenn das Vereinigte Königreich nach dem Brexit nicht den angekündigten Niedergang erleben sollte. Denn das würde potenziellen Nachahmern zeigen: es geht auch ohne EU.
8. Eine weitere Priorität der neuen Kommission ist der Ausbau der „*Festung Europa*.“ Da es für eine humane Migrationspolitik keinen Konsens gibt, ist die Festigung der Außengrenzen das Einzige, auf das man sich noch einigen kann. Das Ressort für Migration heißt jetzt „*Förderung unserer europäischen Lebensweise*“ – eine Formulierung, die einen klaren Rechtsruck im Umgang mit Flucht und Migration signalisiert. So wird jetzt versucht, mit „*europäischer Lebensweise*“ eine euronationalistische Identitätsbildung von oben zu betreiben.
9. Als weitere Priorität will von der Leyen einen *Green Deal*. Das soll gut klingen. Angesichts der heterogenen Interessenlage zwischen Polen mit seiner Steinkohle, der französischen Abhängigkeit von AKWs, der weitgehend der Anarchie des Marktes überlassenen „Energiewende“ in Deutschland und dem Streit um russisches Gas dürfte hier noch weniger herauskommen als beim jüngsten deutschen Klimapaket.
10. Auch die Auseinandersetzung um den Haushaltsrahmen 2021–2027 zeigt, dass Klimapolitik, gemessen an den realen Herausforderungen, keine Chance hat. Bisher hat jedes Land mit 1% seines BIP zur Finanzierung der EU beigetragen (NB: NATO-Ziel für Militär ist 2%!). Wenn der Wegfall des britischen Beitrags kompensiert werden soll, wird es auf jeden Fall für alle teurer. Dazu kommen jetzt noch die zusätzlichen Mittel für die weitere Militarisierung (PESCO), etwa die 13 Mrd. Euro für den sog. „*Verteidigungsfonds*.“ Prompt bleibt das Budget 2020 unter dem Ziel, 20% für Klimapolitik auszugeben, wie es das Parlament empfohlen hatte. In diesem *Green Deal* steckt mehr Populismus als Klimapolitik.
11. Zu den zentrifugalen Effekten des Euro, einem der wichtigsten Strukturprobleme der EU, ist nichts zu hören: Der Versuch Macrons, die Eurozone zu stabilisieren, ist bis zur Unkenntlichkeit verwässert worden. Er wollte dafür „*mehrere Prozent des BIP*“ – also mindestens 2 Prozent. Das wären 231 Mrd. jährlich. Das jetzt beschlossene „*Haushaltsinstrument für Konvergenz und Wettbewerbsfähigkeit*“ sieht 17 Milliarden vor – über 7 Jahre, d.h. 2,4 Mrd. jährlich, also 0,002% des BIP.
12. Die EU bleibt eine prekäre Konstruktion, die nicht über die politischen, ökonomischen, finanziellen und rechtlichen Instrumente verfügt, um die außergewöhnlichen Krisen unserer Zeit zu lösen. Dauerkrise, muddling through und fortgesetzte Erosion werden daher auch mit von der Leyen weitergehen.
13. Eine zentrale Herausforderung für emanzipatorische Politik ist, sich der Militarisierung und Großmachtspolitik entgegenzustellen. Vor allem aus Sicht des Globalen Südens sind Militarisierung und Großmachtgehebe die Fortsetzung von 500 Jahren Kolonialismus und Imperialismus. Zugleich absorbieren sie die politischen, finanziellen und intellektuellen Ressourcen für die Lösung der Umweltprobleme und die Ausrottung der Armut. Auf keinen Fall darf sich emanzipatorische Politik dabei in der Kontroverse NATO/USA versus eigenständige Militärmacht EU auf eine Seite schlagen. Es kommt darauf an, jenseits von Pest und Cholera, für eine demokratische Weltordnung, Kooperation, Entspannung, politische Konfliktlösung, Frieden und Abrüstung zu streiten, darunter für eine gesamt-europäische Friedensordnung von Lissabon bis Wladiwostok.

Darüber hinaus sind Kampagnen notwendig, die sich gegen den Neoliberalismus in Wirtschafts-, Handels-, Finanz- und Sozialpolitik und gegen Demokratieabbau wehren.

Und es gilt, die Debatte über Grundsatzfragen der Zukunft der EU und emanzipatorischer Alternativen weiterzuführen.